

Danziger Zeitung.



Nr. 17771.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk. durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile über deren Raum 20 pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bergen, 9. Juli. (W. T.) Der Kaiser ist gestern Nachmittags 4 Uhr hier eingetroffen, verblieb aber bisher an Bord der „Hohenzollern“. Wie es heißt, reist er morgen früh nach Gudvangen weiter.

Posen, 9. Juli. (Privattelegramm.) Der Anstreicher Mietrzepkowski durchschneidt im Streite mit dem Böttchergesellen Sokolowski dem letzteren die Kugel. Die That fand auf dem Altmarkt statt. Sokolowski war sofort tot.

Altenburg, 9. Juli. (Privattelegramm.) Gestern Nachmittag wurde durch einen Handlungskommiss ein Raubmord-Attentat auf den Verlagsbuchhändler Dietz verübt. Dietz erhielt mittelst eines Eisenen Instruments zwei Kopfwunden.

München, 9. Juli. (Privattelegramm.) Die Ursache des Bahnhungslässigkeits bei Böhmermoos ist neben der Fahrlässigkeit des Hilfsmechanikers Seidel der Mangel an einem Doppelgeleise. Auf den bairischen Staatsbahnen sind Doppelgeleise nur auf wenigen kurzen Strecken und fehlen auf durchgehenden Hauptstrecken, wie München-Frankfurt und München-Berlin. Der nächste Eisenbahntakt soll Forderungen für Doppelgeleise enthalten.

Wien, 9. Juli. (Privattelegramm.) Nach der „Presse“ nahm Ruhland wieder Zollerhöhung auf Wolle, Schießpulver, Explosionsstoffe, Bergwachs, Marmorplatten und Buttermandel vor.

Petersburg, 9. Juli. (Privattelegramm.) Im Laufe dieses Monats rücken zwei Cavalleriedivisionen mit einem Effectivstande von acht Regimentern in die Grenzlinie Novoselska-Chottin (an der Grenze von Galizien), ein.

Tarso, 9. Juli. (Privattelegramm.) Die Lage in Ober-Aegypten gestaltet sich ernsthafter. Die Dervische haben in großer Anzahl gegenüber Serra drei Kilometer vom Nil festen Fuß gesetzt. Eine Nachricht über eine Niederlage der Aegypter ist noch nicht bestätigt. 500 Mann britischer Truppen sind nach Assuan gesandt und ein schwarzes Bataillon aus Guakin nach Ober-Aegypten beordert.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juli.

Steuerreform und Steuererhöhungen.

Als wir neulich von dem jetzt wieder aufgetauchten Plane einer festen Überweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Commenen an Stelle der lex Huene sprachen, fügten wir sofort hinzu, daß bei dieser Gelegenheit sicherlich ein Ausgleich durch Erhöhung der directen Steuern in Preußen gesucht werden würde. Wir haben uns in dieser Beziehung nicht getröst. Die freiconservative „Post“ ebnet bereits den Boden für eine solche Steuerreform. Obwohl nach den neulichen Mittheilungen der Betrag, welcher aus der lex Huene den Kreisen überwiesen wird, nahezu der halben Grund- und Gebäudesteuer gleichkommt, hält die „Post“ in Übereinstimmung mit dem Finanzminister v. Scholz es für nothwendig, daß der Staat irgend wie in einer Steuer einen Ersatz dafür erhalten müsse, daß er eine in ihrem Ertrage sichere Steuer, wie die Grund- und Gebäudesteuer aufgibt. Wo dieser Ersatz zu suchen sei, ist nach den bisherigen Vorgängen nicht zweifelhaft. Ob aber die in der vorigen Session so bestimmst angekündigte und doch schließlich nicht in Vollzug gesetzte Reform der Kaffee- und Einkommensteuer in der letzten Session einer glatten Verlauf nehmen wird, ist noch sehr die Frage.

Außerdem treten jetzt angesichts einer vorzunehmenden festeren Regelung der Gache andere ernstere Bedenken hervor. Auch die „Post“ kann sich nicht verhehlen, daß die Umwandlung der lex Huene in eine feste Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer gerade den ärmsten Provinzen erheblich geringere Einnahmen zu führen würde. Dieselben würden sich also gegen jetzt schlechter stellen. Die „Post“ sagt sehr bezeichnender Weise: „Erwagt man daneben, daß es hier gerade um diejenigen Landesteile sich handelt, in denen der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung mit besonderen Befreiungen und Bedenken entgegengesetzen wird und welche zugleich, an sich von der Natur minder begünstigt, von der Schutzzollpolitik den geringsten Vortheil haben, so wird man nicht erkennen können, daß in der gedachten Wirkung der geplanten Überweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer ein bedenkliches Moment liegt, welches nicht mit leichter Hand abzuweisen ist, sondern zu ernsten Erwägungen auffordert.“

Die „Post“ verlangt daher in Verbindung mit dieser eine andere wirksame Maßregel zu Gunsten der ärmeren Landestheile des Ostens. Worin diese bestehen könnte, wird allerdings nicht gesagt.

Wenn man ferner in Erwägung zieht, daß auch die dauernde Überweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer gerade an die Kreise erheblichen Bedenken unterliegt, welche s. J. bei dem Blücher'schen Verordnungsgesetze auch von den Conservativen, insbesondere von Hrn. v. Rauchhaupt und Hrn. v. Meyer-Arensvalde hervorgehoben wurden, so wird man in der Annahme nicht fehl gehen, daß auch diese gesetzgebende Maßregel zur Durchführung noch nicht genug vorbereitet ist.

Gegen die Fortdauer des zollpolitischen Kriegszustandes

erklärt sich die Handels- und Gewerbe kammer zu Nürnberg in ihrem jetzt ausgegebenen Jahresbericht. Sie führt aus:

Unwiderrückbar steht fest, daß durch die Schutzzölle die deutsche Kuri- und Spielwaren-Industrie ganz enorm geschädigt wurde, und zwar dadurch, daß bekanntlich andere Länder sich ebenfalls veranlaßt gesehen haben, Schutzzölle einzuführen, so daß Absatzgebiete wie nach Frankreich, Österreich, Italien, Schweden, Norwegen, Ruhland zum größten Theile ganzlich verschlossen wurden. Insbesondere hat in Folge der wiederholten deutschen Betriebe- und Mehl-Zollerhöhung die leichte österreichische Zollerhöhung, welche bis zu 400 proc. des Einkaufspreises beträgt, unsere mittelfränkische Industrie, vorzugsweise unsere Haushaltungs- und Heimarbeit, welche aus tausend armen, unbemittelten Fabrikanten, Arbeitern und Arbeitlerinnen bestehen, hart und schmerlich betroffen. Die Fabrikation konnte aber nicht aufhören, es trat Überproduction ein; die Waaren wurden zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen, und schließlich blieb meder dem Fabrikanten noch dem Händler ein Verdienst. Auch die Vertheuerung durch den Schutzzoll auf Rohstoffe und Halbfabrikate muß durch geringerer Preis der fertigen Waaren ausgeglichen werden, und so entsteht durch den unrentablen Absatz Missstimmung, die nicht ohne Einfluß auf die Moralität und den Patriotismus des Volkes sein kann. In Folge der Verschleierung genannter Länder entwickelte sich dem deutschen Fabrikate gegenüber eine Concurrent durch Errichtung von großen Fabriken und Stabilisements in diesen Ländern, in denen deutsche Arbeiter massenhaft beschäftigt sind, deren Kräfte wieder entbehrt werden, wenn die fremden Arbeiter genügend abgerichtet sind. Eine solche eingefesselte Industrie wird nicht wieder auszurotten sein, daher je länger diese hohen Zölle bestehen, desto betrübender die Zukunft unserer Industrie.

Die Steigerung des Absatzes der Spielwaren-Industrie, welcher sogar von Sachverständigen auf 40 Millionen geschätzt wird, beweist keineswegs einen Fortschritt zum Besseren, denn der Absatz und die Ausfuhr war schon in früheren Jahren bedeutend größer, als in den seinerzeitigen Statistiken angegeben war; es wurde die Statistik früher nur nicht so genau erhoben, wie jetzt. Die größten Anstrengungen der deutschen Unternehmer irugen zur Steigerung des Absatzes bei. Aber die Höhe der Umfassungen steht im umkehrten Verhältnisse zur Höhe des Verdienstes in Folge der überaus gedrückten Preise. Gerade aus der Statistik geht auf das klarste hervor, wie vollständig zusammengekrumpt der Absatz ist nach Ruhland, Frankreich, Österreich, Italien, Schweden, Norwegen etc. Es müßte eine Freude sein zu sehen, wie die deutsche Industrie gelagert wäre, wenn die verschlossenen Absatzgebiete niemals verloren gegangen wären und im vermehrten Verhältnis zu dem vergrößerten Verbrauch hinzukämen.

Es kann nur besser werden, wenn die jetzt verschlossenen Länder wieder als Consumenten auftreten, es ermöglichen, daß die vorhandene Überproduction auf dieselben verheilt wird. Und so soll nicht abgelaßt werden, die Regierung zu bewegen, Mittel und Wege zu schaffen durch Handelsverträge zur Aufbesserung eines der größten Industriegebiets Deutschlands. Die Erhaltung der Exportfähigkeit dieser Industrie ist die Grundbedingung für ihre ganze Existenz und ihre fernere Blüthe.“

Theoretisches zur Kriegs- und Friedensfrage.

Auch in einer stossreicheren Zeit als der heutigen würde die Erörterung über den Zusammenhang zwischen Krieg und Politik, namentlich in der „Nordd. Allg. Ztg.“, die allseitigste Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. „Akademische“ Erörterungen über die Frage, ob die höhere Kriegsbereitschaft der einen Nation eine genügende Veranlassung für diese sei, über eine andere, anscheinbar weniger kriegsbereite herzufallen, nehmen sich eigentlich aus in den Spalten eines offiziösen Blattes. Jedoch können sie nur den Eindruck hervorrufen, als ob es innerhalb der maßgebenden Kreise mehr oder weniger einflussreiche Stellen gebe, welche die Frage verschieden beantworten. Daß die Presse sofort auch hier wieder einen Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Waldersee herausfinden würde, ist nach dem, was vorausgegangen, nicht wunderbar. Trotzlich ist nur, daß man aus der Veröffentlichung des Artikels den Schluss ziehen muß, der Gegensatz, wo er auch immer bestanden habe, sei tatsächlich bestellt; es handele sich nur darum, ein sog. Nachgefecht gegen marktliche Ziele zu liefern. Denn die Reise des Kaisers nach den Losotzen schließt jeden Gedanken daran aus, daß die „Kriegsfrage“ zur Discussion stehe. Wenn übrigens die „Nordd. Allg. Ztg.“ daran erinnert, daß die s. J. auch von dem Fürsten Bismarck in seiner Reichstagrede vom 6. Februar 1888 vertretene Lehre des Generals v. Clausewitz in den glänzendsten und bedeutsamsten Epochen der preußischen und deutschen Heeresgeschichte (1866 und 1870) ihre volle Bestätigung gefunden habe, so hätte sie auch auf ein Beispiel hinweisen können, wo die Verkennung der Clausewitz'schen „Theorie“ einer Nation die schwerste Niederlage gebracht habe. Sie brauchte nur daran zu erinnern, daß der französische Kriegsminister von 1870, General Bœuf, durch die Versicherung, die französische Armee sei im höchsten Grade kriegs bereit (archipret), zu dem Wagnis des Marsches „nach Berlin“ pro-

vocirt hat, dessen Ende für Frankreich so verhängnisvoll geworden ist. In Deutschland hat vielleicht von speziell militärischen Kreisen abgesehen — blscher niemand daran gewischt, daß Fürst Bismarck der deutschen Friedenspolitik den allein richtigen Ausdruck gegeben hat, als er behauptete, der Krieg müsse so lange als möglich vermieden werden. Die peßimistische Auffassung: „besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ ist seit dem Kriege von 1870/71 zu wiederholten Maleen als eine durchaus unbedingt anerkannt worden. Überdies hat der Kaiser ja erst kürzlich bei seiner Anwesenheit in Süddeutschland mit Rücksicht auf den schweizerischen Conflict den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die friedliche Tendenz der deutschen Politik allseitig anerkannt werden möge. Einschlüsterungen im entgegengesetzten Sinne können demnach keinen Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben.

Deutsch-russischer Handelsverkehr.

In dem Augenblick, wo unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Ruhland die Deffentlichkeit in hervorragendem Maße beschäftigen, ist es von Interesse, einen Blick auf die deutsch-russischen Handelsverbindungen, wie sie sich statistischen Aufzeichnungen zufolge gestaltet haben, zu werfen. Man muß hierbei — so schreibt die „Staaten-Correspondenz“ — die Überzeugung gewinnen, daß Ruhland durch seine neuzeitlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete sich immer mehr und mehr gegen das Ausland abgeschlossen hat. Seiner Abneigung gegen den Verbrauch deutscher Erzeugnisse gab es einen speciellen Ausdruck dadurch, daß für Kohle und Eisenfabrikate, soweit sie über die deutsch-österreichische Grenze eingehen, ein höherer Zoll verlangt wird, als bei dem Import zur See. Damit hand in hand geht eine gewissermaßen gewaltsam herbeigeführte Entwicklung der Industrie, welche die Entnahme fremder Erzeugnisse immer entbehrlicher machen soll. Überdies erschweren die Valutaverhältnisse Ruhlands die Einfuhr dahin wesentlich, während sie die Ausfuhr begünstigen. Unter solchen Verhältnissen mußte der deutsche Export nach Ruhland sich in den letzten Jahren natürlich fühlbar reduzieren. Die Ausfuhr des deutschen Zollgebietes nach Ruhland sank denn auch von 227 Millionen Mark im Jahre 1880 auf 131 Millionen im Jahre 1887. Der russische Import aus Deutschland hatte im Jahre 1880, und aus Österreich-Ungarn im Jahre 1882 den höchsten Betrag erreicht, ist aber seitdem bis fast auf die Hälfte gesunken. Deutschland ist zwar auch im Jahre 1887 unter den für den russischen Import noch in Frage kommenden Ländern, nämlich England, Frankreich und Österreich-Ungarn das wichtigste geblieben, allein sein Hauptmitbewerber England ist ihm schon sehr nahe gekommen. Während nämlich der englische Import nach Ruhland dem deutschen früher mindestens um 45 Prozent nachstand, ist dies jetzt kaum mehr mit 18 Prozent der Fall: ein Resultat, welches zweifellos durch die oben erwähnten, zum Nachteil Deutschlands ergriffenen Zollmaßregeln hinsichtlich des Imports auf dem Landwege herbeigeführt ist.

Zur Freisprechung der „Volkszeitung“.

In der heutigen Morgennummer haben wir bereits mitgetheilt, daß die Redacteure Holdheim und Bernstein, welche wegen Fortsetzung eines verbotenen Blattes angeklagt waren, freigesprochen worden sind. Bekanntlich ließ, nachdem die „Volks-Ztg.“ am 17. März auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden war, der Verleger, die Actiengesellschaft „Volkszeitung“, am 19. und am 20. März, das eine Mal unter dem Titel „Die Zukunft“, das andere Mal unter dem Titel „Der Arbeitsmarkt“ eine Zeitung ganz unpolitischen, d. h. tendenziösen Inhalts erscheinen, welche beide sofort verboten wurden und zwar als „Fortsetzung“ der „Volks-Ztg.“ Anlässlich des zweiten Verbots teilte das Polizeipräsidium dem Verleger mit, falls noch ein weiterer Versuch, eine politische Zeitung erscheinen zu lassen, gemacht werden sollte, werde die Behörde die Druckerei schließen lassen. In der Folge erschien dann unter dem Titel „Die Arbeit“ lediglich ein Anzeigenblatt, bis die Aufhebung des Verbots das Wiedererscheinen der „Volks-Ztg.“ selbst ermöglichte.

Die Gache ist bereits im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden; die Beschlagnahme der „Zukunft“ und des „Arbeitsmarktes“, welche absolut keinerlei politisches Raisonnement enthielten, hat damals großes Aufsehen erregt. Im Abgeordnetenhaus wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei Berathung des Sozialistengesetzes vom Minister Grafen Culenburg ausdrücklich die Erklärung abgegeben wurde, daß, wenn in der Tendenz und in dem Tone des Blattes eine Aenderung vor sich gehe, dann ein solches Blatt als eine Fortsetzung des ersten nicht angesehen werden sollte und könne. Die gerichtliche Freisprechung kommt daher nicht unerwartet.

Eine andere Frage ist jedoch die, wie es jetzt, nachdem die Freisprechung erfolgt ist, mit der materiellen Schädigung sieht, welche der Verleger der „Volkszeitung“ durch die fortgesetzten Beschlagnahmen erlitten hat. Die freisinnige Partei hat bekanntlich einen Antrag eingebroacht, welcher die Entschädigung dem Betroffenen für solche Fälle sicherte. Angehende Juristen haben damals die Meinung vertreten, daß auch nach der gegenwärtigen Gesetzgebung eine Entschädigungsklage des Verlegers nicht unmöglich sei. Von großer Wichtigkeit wäre es immerhin, wenn es in einem Specialfalle zur Entscheidung gebracht würde, inwieweit die gegen-

wärtige Gesetzgebung einer Ergänzung bedarf. Denn es wird sicherlich dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechen, daß in solchen Fällen dem Betroffenen eine Entschädigung für den erlittenen Verlust zu Theil wird, ebenso wie es dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechen wird, daß diejenigen Beamten regelhaftlich werden, welche unter gewissen bestimmten im Gesetz bezeichneten Umständen die Verluste herbeigeführt haben.

Die Ministerkrise in Norwegen.

Der König hat nach streng konstitutioneller Form denjenigen, der zunächst den Sturz des Ministeriums Gørdrup herbeigeführt, den Advocaten Stang von der Rechten mit der Neubildung eines Cabinets beauftragt. Da aber die Rechte in der Kammer in der Minderheit ist, kann Stang nur ein Coalitionsministerium bilden, wenn er Linkenmänner bereit findet, in ein solches Ministerium einzutreten. Bis zu der Entscheidung des Königs hielte man es für das Wahrscheinlichste, daß Gørdrup wieder berufen würde, ein Ministerium aus Mitgliedern der Linken und der Rechten zu bilden.

Interpellation wegen der französischen Flotte.

Der Abg. de Lanessan hat an den Marineminister Admiral Krantz folgendes Schreiben gerichtet: „Herr Minister! Die Manöver unserer Geschwader im Canal La Manche und im Mittelmeer bestätigen in höherster Weise die Bemerkungen, welche ich in der Kammer über den mangelhaften Zustand unseres Flottenmaterials machen zu sollen glaubte. Ich habe daher die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß ich in der Sitzung vom nächsten Montag über die Maßregeln bestätigen in höherster Weise die Bezeichnungen, welche ich in der Kammer über den Verbrauch deutscher Erzeugnisse gab, einen speziellen Ausdruck dadurch, daß für Kohle und Eisenfabrikate, soweit sie über die deutsch-österreichische Grenze eingehen, ein höherer Zoll verlangt wird, als bei dem Import zur See. Damit hand in hand geht eine gewissermaßen gewaltsam herbeigeführte Entwicklung der Industrie, welche die Entnahme fremder Erzeugnisse immer entbehrlicher machen soll. Überdies erschweren die Valutaverhältnisse Ruhlands die Einfuhr dahin wesentlich, während sie die Ausfuhr begünstigen. Unter solchen Verhältnissen mußte der deutsche Export nach Ruhland sich in den letzten Jahren natürlich fühlbar reduzieren. Die Ausfuhr des deutschen Zollgebietes nach Ruhland sank denn auch von 227 Millionen Mark im Jahre 1880 auf 131 Millionen im Jahre 1887. Der russische Import aus Deutschland hatte im Jahre 1880, und aus Österreich-Ungarn im Jahre 1882 den höchsten Betrag erreicht, ist aber seitdem bis fast auf die Hälfte gesunken. Deutschland ist zwar auch im Jahre 1887 unter den für den russischen Import noch in Frage kommenden Ländern, nämlich England, Frankreich und Österreich-Ungarn das wichtigste geblieben, allein sein Hauptmitbewerber England ist ihm schon sehr nahe gekommen. Während nämlich der englische Import nach Ruhland dem deutschen früher mindestens um 45 Prozent nachstand, ist dies jetzt kaum mehr mit 18 Prozent der Fall: ein Resultat, welches zweifellos durch die oben erwähnten, zum Nachteil Deutschlands ergriffenen Zollmaßregeln hinsichtlich des Imports auf dem Landwege herbeigeführt ist.“

Der Marineminister Krantz hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Berathung der Interpellation heute stattfinde.

Das italienische Parlament

hat sich gestern bis zum Herbst vertagt, nachdem Crispi noch Gelegenheit gegeben war, sich über verschiedene Fragen der auswärtigen Politik zu äußern. Ein Telegramm des „W. T.“ berichtet darüber:

Rom, 9. Juli. In der gestrigen Sitzung der Kammer erklärte Crispi in Beantwortung einer Interpellation Cavallottis, die Untersuchung über den Vorfall in Gabes (Tunis) sei noch nicht beendet; was den Vorfall mit dem italienischen Schiff „Ida“ betreffe, so habe der österreichische Commandant in die Luft, nicht auf die „Ida“ geschossen und sei übrigens seines Postens entbunden worden; die Verhaftung zweier Bürger, von denen nur einer italienischer Unterthan, der zweite aber ein Deserteur gewesen, sei durchaus gesetzlich; die Maßregeln gegen Aussländer aus Triest und anderen Orten, welche irrebedenkliche Rufe ausgestoßen, seien durchaus gerechtfertigt, die Erklärungen des Grafen Kalnoh in den Delegationen seien würdig, klug und weise. An dem österreichischen Katholikentage sei die österreichische Regierung nicht beihilftig gewesen; Graf v. Taaffe habe bei der Beantwortung der bezüglichen Interpellation sich für die Erhaltung der Freundschaft mit Italien ausgesprochen. — Cavallotti erklärte sich zwar durch die Antwort nicht bestiedigt, entschloß sich aber eines Antrags.

Das fernere Verbleiben des Papstes in Rom.

Der „Moniteur de Rome“ veröffentlicht einen Brief des Cardinal Rampolla an den Bischof von Barcelona, welcher der Königin über die eventuelle Übersiedlung des heiligen Stuhles nach Spanien Bericht erstattet hatte. Ein Telegramm der „Fecht-Ztg.“ meldet über den Inhalt dieses Briefes: Rampolla dankt dem Bischof für seine Bemühungen und sagt, in diesen schweren Zeiten sei die ganze katholische Welt verpflichtet, sich des heiligen Stuhles anzunehmen.

Nach einer Pariser Meldung der „Magd. Ztg.“ ist der französische Botschafter beim Vatikan, Graf Lefèvre de Beaulieu, welcher Urlaub nehmen wollte, angewiesen worden, mit Rücksicht auf die Nachrichten über bevorstehende wichtige Entscheidungen des Papstes auf seinem Posten zu bleiben.

Deutschland.

Berlin, 8. Juli. [Zur Reise des Kaisers.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beginnt heute einen kurzen Bericht über die Reise des Kaisers, der aber nichts enthält, was nicht schon durch die einzelnen Telegramme an jedem Tage mitgetheilt ist.

Aus

Rombaks-Fjord aufhalten. Nach der Ankunft in Trondhjem am 15. gebenkt der Kaiser Forghaten zu besuchen und bis zum 17. in Rame-Fjord zu verweilen; dann folgt ein Aufenthalt in Holands-Fjord und Beira-Fjord bis zum 19. Nach einem eintägigen Aufenthalt in Bodö wird der Kaiser am Nachmittag des 20. auf den Lofoten (Kastfjord) eintreffen und dort bis zum 23. Abends Station machen. Die Ankunft in Bergen wird am 26. Nachmittags, die Abfahrt am 27. erfolgen. Am Mittag des 29. Juli trifft der Kaiser in Wilhelms-haven ein. — Der „Gäste“. Jg.“ ist gegen über den Tag der Rückkehr noch nichts fest. Dem Vernehmen nach ist für den 28. Juli noch die Ankunft eines Felsjägers in Farsund, dem in dem südlichsten Theile von Norwegen belegenen Hafenplatz, in Aussicht genommen.

Berlin, 8. Juli. Der Bundesrat hat nunmehr Ferien gemacht. In seiner letzten am 6. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung wurde ein Antrag Baders wegen einer Ergänzung des Staats der Zollverwaltungskosten für das Großherzogthum den zuständigen Ausschüssen überreicht. Beifuss des Auftrags und der Einsichtung der Banknoten der hannoverschen Bank, welche auf ihr Banknoten-Privilegium verzichtet hat, wurden dem Antrage Preußens entsprechend die erforderlichen Anordnungen erlassen. Die ausnahmsweise Zulassung einiger Ausländer zum vorübergehenden Dienst als Schiffer, bzw. Maschinisten auf den Bergungsdampfern des nordischen Bergungs-Vereins zu Hamburg wurde genehmigt. Den Anträgen der zuständigen Ausschüsse gemäß wurde zur Ausführung der auf die Zollfreiheit von Schiffsbaumaterialien bezüglichen Bestimmung des Zolltarifgesetzes dem Entwurf eines Schiffbau-Regulatius, welches mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll, die Zustimmung ertheilt, sowie eine Ergänzung der Nachweisung der zu den gewöhnlichen Schiffssutensilien zu rechnenden Inventarstücke beschlossen. Eine Abrechnung über einen am Schlusse des Staatsjahres 1887/88 verfügbaren Betrag aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung wurde als Schluss-Abrechnung genehmigt.

St.-C. Minister v. Bötticher tritt jetzt einen längeren Sommerurlaub an und wird sich von hier vorerst zum Kammerherrn Baron Bodenhausen auf Radis bei Gräfenhainichen begeben.

* [Ein Programm aus den 99 Tagen.] Eine lithographierte Zeitungs-Correspondenz beinhaltet jetzt, der Herzog von Coburg-Gotha habe in privaten Kreisen frei, und ohne den Wunsch der Discretion auszudrücken, sich als Verfasser der Broschüre „Auch ein Programm aus den 99 Tagen“ bekannt. Derselbe habe nicht sowohl die freisinnige Partei als eine „andere Stelle“ treffen wollen, und über diese andere Stelle habe er privatam weit genauere Angaben gemacht, als sie in der Broschüre selbst enthalten sind, die sehr peinlich berühren müssen. — Dazu bemerkt die „Frei.“ Jg.“: „Mit dem Verfasser einer Broschüre kann man nur rechnen, wenn man ihn kennt. Dass jemand privatam sich als Autor bekennen und vor der Öffentlichkeit zurückhalten sollte, ist ein Verfahren, für welches uns vor der Hand das Verständniß in dem Maße fehlt, daß wir es für unmöglich halten. Wir können bisher noch immer zu keinem anderen Resultat kommen, als daß der Verfasser der vielerwähnten Schrift ein Anonymus ist, der sich starke Zurechtweisungen hat gefallen lassen müssen.“

* Am Sonntag ist der 6. Geburtstag des Prinzen Eitel-Friedrich in Rüssingen festlich begangen. Kaiser und Kaiserin schenkten ihm einen Ponys, auf welchem sich der Prinz im Hofe photographiren ließ. Der Kaiser sandte, wie die „Kreis-Jg.“ meldet, ein Glückwunscht-Telegramm aus Norwegen mit Nachricht seines Wohlbefindens. Auf dem Geburtstagstisch stand eine Torte mit Lichtern; ferner lagen dort: eine Pflanzenpresse, Bücher, Schreibzeug, zahlreiche Briefe und Telegramme und ein reicher Blumenstrauß. Namens der Stadt Rüssingen überreichte der Bürgermeister Fuchs einen Blumenschmuck in Form eines Schlittens. Der die Kaiserin behandelnde Badearzt, Medizinalrat Dr. Solter, brachte von den Damen Rüssingens einen reich mit Süßigkeiten ausgestatteten Käppelmännchen.

* Noch eine neue Note ist nach einer Berner Mitteilung des „B. L.“ seit der Veröffentlichung der Noten des Reichskanzlers im „Reichsanzeiger“ in Bern eingetroffen. Die Antwort auf dieselbe werde in der nächsten Sitzung des schweizerischen Bundesrates festgesetzt werden.

* [Das Central-Strikecomitie der Berliner Maurer] hat an die Maurer Deutschlands folgenden Aufruf gerichtet: „Der Generalstrike der Berliner Maurer ist aufgehoben, aber um so heftiger wird der partielle Strike entbrennen. Die Bresche, welche im Generalstrike geschlagen wurde, ist so groß, daß wir direct sagen können, der partielle Strike wird uns in Kürze den Sieg auf der ganzen Linie sichern. Wir fordern nun hiermit jeden Collegen, welcher in Berlin verkehrt ist, auf, sofort zurückzukehren, denn nur mit den alten bewährten Kämpfern werden wir das Unternehmertum bewegen. Alle Unvereintheiten und solche, welche nicht an Berlin gehalten sind, haben noch fern zu bleiben, und so viel in ihren Kräften steht, unbedingt den Zugang fern zu halten. Wir verlangen strikte Befolgung unserer Aufforderung.“

* [Eine Versammlung von Bergarbeiter-Deligirten] hat am letzten Sonntag wieder in den Tonhalle in Dortmund stattgefunden. Bergmann Schröder wies hierbei die Behauptung zurück, daß er seine Entlassung erhalten habe, weil er die Erklärung über die Petition der Dortmunder Handelskammer mit unterschrieben habe. Einen Grund für seine Entlassung wisse er nicht anzugeben. Auch in dieser Versammlung wurden wieder eine Reihe von Beschwerden vorgebracht, wonach viele der alten Ueberstände nach wie vor noch bestehen und auf vielen Zeichen weder die Bedingungen des Essener, noch des Berliner Protokolls streng erfüllt sind. Hr. Siegel von der Zeche „Zollern“ berichtete über die ihm erschollene Abschaffung. Auch ihm sei ein Grund für dieselbe nicht angegeben. Auf der Zeche „Dolzringen“ soll sogar ein Bergmann nach einer Auseinandersetzung mit einem Steiger bei verschlossener Thür mit einem Gummilochlauge durchgeprügelt worden sein. Schröder sagte am Schlusse: In einer ersten Zeit muß man doppelt ruhig bleiben. Mit einem Hoch auf den Kaiser und auf die Herren Schröder, Bunte und Siegel wurde die Versammlung geschlossen.

* Der „Grashanin“ bringt in seinen letzten Nummern eine ausführliche Wiedergabe der Lehr- und Dienstdordnung unserer Kriegs-Akademie. Die betreffenden Texte — bemerkte

die „Kreuzig.“ dazu — können anscheinend nur durch einen Vertrauensbruch in die Hände des Fürsten Meschischesky gelangt sein.

München, 8. Juli. Die Kaiserin von Österreich traf heute früh 5 Uhr hier ein und setzte ohne Aufenthalt die Reise nach Feldafing fort. Die Kaiserin beabsichtigt einen mehrwöchentlichen Aufenthalt am Starnberger See zu nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Juli. Das „Tremdenblatt“ erklärt die vom „Journal des Debats“ gebrachte Meldung, Stolow hätte während seiner jüngsten Anwesenheit in Wien die specielle Mission gehabt, die Intervention österreichisch-ungarischer Diplomaten zwischen der bulgarischen Regierung und dem Exarchen Joseph nachzusuchen, und daß Kalnoy versprochen hätte, den Großozier zu veranlassen, seinem Einfluß in dem vom Prinzen Ferdinand gewünschten Sinne geltend zu machen für ersuchen. Das „Tremdenblatt“ versichert weiter auf Grund vollständig zuverlässiger Informationen, daß Stolow, wenn er überhaupt in Wien geweilt habe, dort weder mit Kalnoy noch mit anderem offiziellen Persönlichkeit in irgend welchem Verkehr gestanden hätte. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 8. Juli. Vor dem Assisen-Gerichtshofe der Seine wurde heute gegen die Journalen „Intransigeant“ und „La Presse“ wegen verleumderischer Beleidigung des General-Procurators Beaurepaire verhandelt; der verantwortliche Herausgeber des „Intransigeant“ wurde zu einem Monat Gefängnis, 1000 Francs Geldbuße und zu einer Entschädigung von 2000 Francs verurtheilt, dem Drucker der „Presse“ wurden 300 Francs Geldbuße und 1000 Francs Entschädigung auferlegt. — Oberst Vincent, gegenwärtig in Algier, hat telegraphisch angezeigt, er werde Freitag hier eintreffen. (W. L.)

Dem Senat ist bereits der allgemeine Bericht über das Budget vorgelegt.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Juli. Der König und die Königin sind heute Vormittag 10 Uhr hierher zurückgekehrt.

Aufland.

B. P. N. In diesem Monat hat ein Congress von Flachsplantzern in Petersburg getagt, auf welchem über Maßregeln zur Vermeidung der Entwertung und Verschärfung von Flachs berathen ist. Man kam überein, ein Central-Bureau für den Verkauf von russischem Flachs nach dem Auslande in Petersburg zu gründen und von der Mitwirkung von Agenten in Zukunft abzusehen.

Von der Marine.

* Das Kanonenboot „Häne“ (Commandant: Capitän-Lieutenant Zehe) ist am 8. Juli cr. in Capstadt eingetroffen und beabsichtigt am 9. Aug. cr. wieder in See zu gehen.

Am 10. Juli: Danzig, 9. Juni. M. A. b. Tage. G. A. 342. U. 8. 28.

Wetterausichten für Mittwoch, 10. Juli, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig und warm, zum Theil bedeckt und Regen, andererseits sonnig; meist schwacher und mäßiger Wind, im Binnenlande vielfach aufstreichend bis stark. Strichweise Gewitter mit viel Regen.

Für Donnerstag, 11. Juli.

Heller bei wandernen Wolken, zum Theil bedeckt; warm, schwach und mäßiger Wind. Strichweise Gewitter mit starkem Regen.

* [Gepäckbeförderung ohne gleichzeitige Lösung von Fahrkarten.] Auch ohne Lösung von Fahrkarten können im preußischen Staatsverkehr Güter aller Art, welche sich zur Beförderung im Pakettwagen eignen, zur tarifmäßigen Gepäckfracht (auch zu Schnellzügen) auf Gepäckstchein aufgegeben werden. Die Fracht wird in jedem Falle mindestens für 20 Kilogramm und mindestens mit 1 Mk. erhoben. Der Gepäckstchein wird dem Absender ausgehändigt. Die Auslieferung des aufgegebenen Gutes erfolgt am Bestimmungsort gegen Rückgabe des Gepäckstheins. Auf Verlangen des Absenders kann der Gepäckstchein auch der Gendung beim Empfänger verliehen werden. In diesem Falle erfolgt die Auslieferung nach den für den Güterverkehr bestehenden Vorschriften, sofern nicht der Empfänger sich ohne Aufforderung zur Empfangnahme meldet und Bedenken gegen seine Empfangsberechtigung nicht erhält.

* [Patent.] Die Firma H. Kelch Erben in Danzig hat auf einen Verschluß für Milchgefäß ein Patent angemeldet.

* [Schwerer Unfall.] An der neuen Moitlau, Ecke der Thurmstraße, sollte eine Drehscheibe der Speicher des Pfarrhausenpächters P. hier selbst ereignet. Als heute Mittag kurz vor 12 Uhr der Zimmerpolier Weiß ein Rad in diese Ramme anbringen wollte und hierzu eine Leiter befliegen hatte, löste sich plötzlich die Ramme aus ihrer unteren Befestigung, die Leiter stürzte um und der auf derselben befindliche Weiß stürzte auf das Steinplaster, wobei er sich den hinterkopf aufspaltete, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Weiß hinterließ eine Frau und drei kleine Kinder. Ein anderer Zimmermann Arlinger wurde hierbei gleichfalls verletzt, indem er sich die Füße verstauchte. Er mußte in einer Droschke nach Hause befördert werden, da er nicht im Stande war zu gehen.

* [Bedauerlicher Unfall.] Bei einer militärischen Übung auf dem großen Exercierplatz bei Langfuhr hatte der Referendar P., welcher als Vizewachtmeister bei der Artillerie eine Übung mitmachte, das Unglück mit dem Pferde zu stürzen, wobei das Pferd auf ihn zu liegen kam. Er hat einen doppelten Beinbruch an beiden Oberschenkeln davongetragen und mußte in einem Wagen nach Danzig befördert werden.

* [Strafkammer.] Wegen falscher Anschuldigung stand der Lehrer Ernst Horn aus Schönwarktung heute vor der Strafkammer. Am 18. November v. J. war der Angeklagte mit mehreren Personen in einem Gasthause. Es entstand zwischen ihm und dem Unteroffizier Sieve Streit, in Folge dessen Horn nach der Hauptwache ging und dem Wachhabenden meldete, er sei von Sieve angefasst und gestoßen worden. Von der Hauptwache wurde eine Patrouille nach der Restauration geschickt, welche Sieve verhaftet sollte. Derselbe weigerte sich zuerst, mitzukommen, doch brachte ihn später eine zweite Patrouille nach der Wache. Sieve erhielt 5 Tage Mittarrest und stellte nunmehr gegen den Lehrer Horn wegen falscher Anschuldigung Strafantrag. Durch die Zeugen-aussagen wurde jedoch festgestellt, daß der Angeklagte die Anzeige nicht wider widerholen wolle, worauf seine Freiheitserklärung erfolgte. — Es wurde sogenan der Kaufmann Max Löwenstein in Thorn gegen Barkort zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Nähre über die Verhandlungen, die kurz vor Schluss der Redaktion beendet waren, bringen wir in unserer Morgennummer.

[Polizeibericht vom 9. Juli.] Verhaftet: 1 Mädchen, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Gefahrer, 1 Handelsmann wegen Körperverletzung, 1 Bettler, 2 Obdachlose, 1 Dirne. — Gestohlen: 1 Portemonnaie enthaltend 8 Mk. 50 Pf. eine goldene Damen-Chlinderuhr mit

kurzer golden Panzerkette, 1 Sparkassenbuch über 70 Mk., 1 Portemonnaie enthaltend 68 Mk., 20 Mk. — Gefunden: 1 Taschenluchs, 1 Gütenabzeichen, 1 Schlüssel, 1 Abonnementkarte des „Westpreuß. Volksblatts“, 1 großer Sonnenhut ist vor längerer Zeit in einer Wohnung stehen geblieben. Zu erfragen auf der Polizei-Direction.

Z. Doppst., 8. Mai. Gestern Nachmittag fand die erste von der Badedirection veranlaßte Dampfsfahrt, deren Ziel Hela war, statt. Das Wetter, welches den Vormittag über recht günstig gewesen, änderte sich kurz vor der auf 2½ Uhr Nachmittags angesetzten Abfahrt und mag östlich Gemüth von der Theilnahme an der Fahrt zurückgeschreckt haben. Der auch als Eisbrecher dienende „Eisbrecher“ konnte unmittelbar an den Steg anlegen und stellte sich schnell mit etwa 190 Passagieren. Unter den Rängen eines Marsches wurde der Anker gelichtet und hinaus ging es in die nur leise bewegte See, gefolgt von den Blicken der auf dem Steg Zurückbleibenden, welche mit lächerlichen Gesichtern etc. glückliche Reise wünschten. Das Wetter klärte sich nun wieder auf. Etwa gegen 4 Uhr langte der Dampfer in Hela an, wo der Nachmittag mit Besichtigung der Kirche, des Leuchtturms, der Rettungsstation, Tanz auf der Wiese etc. verbracht wurde. Zum Schlus wurde auch noch den Helden Fischer zum Tanz aufgespielt, welchen ein solcher Besuch stets ein wahres Freudenfest ist. Pünktlich um 8 Uhr wurde die vom herrlichsten, milden Abendwetter begünstigte Rückfahrt angetreten. Noch weiß hinaus begleiteten die Helden Boote den Dampfer, auch ein Trümmer folgte denselben in größerer Entfernung. Um 9½ Uhr traf der Dampfer wieder am Geeste ein, wo er von Tausenden bereits erwartet wurde. Die nächste größere Fahrt am Montag, den 15. d. M. geht über See nach Plehendorf.

* * Gr. Bündner, 8. Juli. Am Donnerstag, den 11. Juli cr. beabsichtigt hr. Landrat v. Gramatki im landwirtschaftlichen Verein zu Gr. Bündner einen Vortrag über das „Invaliden- und Altersversorgungs-Gesetz“ zu halten.

A. Gruithof, 8. Juli. In vergangener Nacht brannte das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Gastwirths Görke in Grenzdorf B (Kreis Elbing) total nieder. Gerettet konnten nur wenige Betteln werden.

L. V. Geesfeld, 7. Juli. Zur weiteren Klärung der Angelegenheit betreffend das Verbot des Singens deutscher Lieder seitens des Lehrervereins am Graben eines Lehrers auf dem hiesigen Kirchhofe ist Folgendes auf die neuliche Erklärung des Herrn Pfarrers Gabrieleski zu bemerken: Es ist in dem Referat in der „Dan.“ Jg.“, wie der „Correspondent aus Geesfeld in Nr. 146 des clericalen „Westpr. Volksblatts“ anerkennt, nur die Wahrheit gefragt. Von Umständen und Beweggründen des Pfarrers ist keinerlei Rede. That-sache ist, daß hr. Pfarrer G. das Singen deutscher Lieder am Graben verbietet. Ferner ist anzufügen, daß sich der Lehrer beim Requiem am Gesange beteiligt, sofort polnische Lieder in der Kirche angespielt wurden. Bereits vor 2 Jahren wollten die deutschsprechenden Katholiken hiesiger Parochie um Einführung monatlich einmaliger deutscher Predigt petitio-nieren. hr. Pfarrer G. erfuhr es, und seine Thatigkeit war es wohl zu danken, daß die Petition damals nicht abging. Am 24. März d. J. wurde nun wirklich eine Petition um Einführung der deutschen Predigt an das General-Bicariat-Lam zu Pölpmi abgesandt, und die Folge davon scheint die Gerechtigkeit des Pfarrers gegen die katholischen Deutschen im allgemeinen und die Lehrer im besonderen zu sein. Vielleicht erinnert sich der Herr Pfarrer noch der Worte, die er am 15. April cr. zu zwei Lehrerfrauen gesprochen: „Die Deutschen mögen sich dahin scheren, woher sie gekommen sind.“ Es ist Wahrheit, daß sich ein Mitglied des Lehrervereins zu der Familie Stefaniowski begab und diese ersuchte, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese ersucht, den Pfarrer, nachdem dieser das Singen deutscher Grablieder verboten hatte, schließlich zu bitten, daß er das Singen deutscher Lieder am Graben ihres Sohnes gestatten wolle. Die Familie wollte dieses zuerst ihnen, nachher wagte sie es nicht, wie es scheint, aus Furcht vor dem Pfarrer. Es ist also That-sache, daß der Lehrerverein im Einverständnis mit den Eltern des Verstorbenen singen wollte. Die Erklärung des hrn. Pfarrers bestreitet, daß um die Erlaubnis zum Singen deutscher Lieder am Graben der Familie Stefaniowski begab und diese

